



aktuell

Deutscher Verband für Wohnungswesen, Städtebau und Raumordnung e. V.



Neubaugebiet bei Gewitter | © Michael Lorenzet

Kommunale Baulandstrategien auf dem Prüfstand

AG Aktive Liegenschaftspolitik identifiziert gute Beispiele zur Schaffung von günstigem Wohnungsneubau

Dr. Josef Meyer, Vizepräsident des Deutschen Verbandes für Wohnungswesen, Städtebau und Raumordnung e. V.

In vielen städtischen Ballungsräumen und Großstädten ist durch den anhaltenden Bevölkerungszug seit einigen Jahren die Nachfrage nach Wohnungen größer als das Angebot, was Mieten und Immobilienpreise stark steigen lässt. So erwartet Köln in den nächsten zehn Jahren 50.000 neue Einwohner. Berlin soll bis 2030 um 250.000 Personen wachsen. Versorgungsengpässe auf lokalen Wohnungsmärkten führen immer auch zu der Frage, wie das Baulandangebot ausgeweitet und vorhandenes Bauland

mobilisiert werden kann: Denn ausreichend verfügbares Wohnbauland zu vertretbaren Preisen ist neben den Baukosten eine wichtige Stellenschraube für mehr und vor allem bezahlbaren Wohnungsneubau.

Aktive kommunale Liegenschaftspolitik

In den Hochpreisregionen steigt aktuell der Anteil der Baulandkosten an den Gesamtkosten für den Wohnungsneubau von normalerweise 15 bis 20 Prozent auf mehr als das Doppelte. Dies verdeutlicht die herausragende Rolle des Bodenmarkts und die Notwendigkeit einer aktiven Liegenschaftspolitik. Um bezahlbare Wohnungen zu schaffen und die städtebauliche Qualität

Termine

20. April 2015 | Berlin
Kooperation im Quartier mit privaten Eigentümern zur Wertsicherung innerstädtischer Immobilien
ExWoSt-Abschlussveranstaltung

6. Mai 2015 | Ludwigshafen
Handel online – Innenstadt offline?
Fachtagung der DSSW-Plattform und weiterer Institutionen

6.-8. Mai 2015 | Riga
URBACT Städte-Festival
Aufaktveranstaltung zum neuen URBACT III-Programm

9. Mai 2015 | ganz Deutschland
Tag der Städtebauförderung 2015

12. Mai 2015 | Berlin
Wohnen für Generationen 2015
Fachtagung der BBA – Akademie der Immobilienwirtschaft e.V.

Ansprechpartner

Jens Freudenberg
j.freudenberg@deutscher-verband.org

zu sichern, sind kommunale Baulandstrategien notwendig. Das seit Anfang der 1990er Jahre bestehende Instrumentarium des Städtebaurechts reicht dafür grundsätzlich aus. Angesichts der seit damals permanent rückläufigen Bautätigkeit war eine Anwendung bislang weitgehend entbehrlich. Das ist inzwischen vielerorts anders: Die Instrumente müssen gebündelt und transparente, effiziente Strukturen innerhalb der Verwaltungen verankert werden. Dazu legen immer mehr Städte in kommunalen Baulandbeschlüssen ihre Strategie fest. Sie strukturieren ihr Vorgehen und stellen transparente Rahmenbedingungen für die Verfahrensweisen zur Baulandaufbereitung und die Kostentragung im Zuge der Baurechtschaffung auf. Gleichzeitig gilt es, mehr Kapazitäten in den Planungsämtern zu schaffen. Darüber hinaus ist auch eine stärkere interkommunale Zusammenarbeit notwendig.

Bei der Bereitstellung von Bauland lassen sich in der kommunalen Praxis zwei Grundrichtungen ausmachen, zwischen denen es fließende Übergänge und Mischformen gibt. Zum einen erwirken Kommunen eine Entspannung auf dem lokalen Bauland- und Wohnungsmarkt, indem sie mehr Bauland schaffen. Das vergrößerte Angebot dämpft die Baulandpreise und führt im Endeffekt auch zu einer Entlastung einkommensschwächerer Haushalte bei der Wohnraumversorgung. Dies kann über die klassische Angebotsplanung und alle anderen Baulandmodelle für neue Flächen geschehen, aber auch über Brachflächenreaktivierung und Nachverdichtung, beispielsweise auf Grundstücken von kommunalen oder genossenschaftlichen Wohnungsunternehmen.

Zum anderen verfolgen Kommunen wohnungs- und sozialpolitische Ziele mit ihren Baulandstrategien. Wird für private Grundstücke neues Baurecht geschaffen, dann legen entsprechende städtebauliche Verträge fest, dass z. B. bestimmte Flächenanteile der Eigentumsbildung von Schwellenhaushalten oder preisgünstigen Miet- bzw. Sozialwohnungen vorbehalten sind. Weitere strategische Elemente sind eine langfristige Bodenvorratspolitik sowie der Zwischenerwerb der Kommune. In diesen Fällen kann die Kommune als Grundstückseigentümerin z. B. über Konzeptvergaben stadtentwicklungs- und wohnungspolitische Ziele aktiv umsetzen.

Um die vorhandenen Instrumente zur Steuerung und Aktivierung wirkungsvoll einsetzen zu können, ist es allerdings unerlässlich, die Perspekti-

ven von Investoren, Bauträgern, Wohnungsbaugesellschaften und Grundstückseigentümern zu berücksichtigen.

Beitrag des Bundes und der Länder

Baulandpolitik wird vornehmlich in den Kommunen gemacht. Aber auch Bund und Länder können wichtige Beiträge leisten. Dies betrifft zum einen deren Liegenschaften und die Frage, wie diese für mehr bezahlbaren Wohnraum eingesetzt werden können: Im Koalitionsvertrag ist dafür bereits der Beitrag der Bundesanstalt für Immobilienaufgaben verankert. Auch in Nordrhein-Westfalen und Baden-Württemberg werden entbehrliche Landesgrundstücke für die Schaffung von bezahlbarem Wohnraum zur Verfügung gestellt.

Bundes- und Landespolitik können die kommunalen Möglichkeiten, mehr Bauland bereit zu stellen, aber auch behindern, z. B. durch planerische, umweltschutzrechtliche sowie steuerliche Rahmenbedingungen. So schränken die starke Konzentration auf die Innenentwicklung und das 30-Hektar-Flächenziel sowie eine entsprechend strikte Landesplanung die an manchen Stellen notwendige, maßvolle Entwicklung von Wohnbauland im Außenbereich ein. Andererseits verzögert und verteuert das Artenschutzrecht die Nachnutzung innerstädtischer Brachen. Auch das Immissionschutzrecht erschwert innerstädtischen Wohnungsbau. Es ist deshalb notwendig, die Auswirkungen von bundes- und landesrechtlichen Vorgaben auf die Schaffung von bezahlbarem Wohnraum kritisch zu überprüfen.

DV koordiniert Arbeitsgruppe

Mit dieser Thematik befasst sich seit Anfang 2015 im Rahmen des Bündnisses für bezahlbares Wohnen und Bauen des Bundes die Arbeitsgruppe „Aktive Liegenschaftspolitik“. Der Deutsche Verband unterstützt das Bundesumwelt- und Bauministerium aktiv bei der Steuerung der Arbeitsgruppe. Diese wird sich mit verschiedenen kommunalen Baulandinstrumenten befassen und ihre Anwendung in der Praxis kritisch beleuchten. Dabei geht es vor allem darum, gute Ansätze zu identifizieren, die auf andere Städte übertragen werden können. Indem die Marktrelevanz der Strategien erörtert und untersucht wird, inwieweit diese zur Schaffung von bezahlbarem Wohnraum beitragen, sollen darüber hinaus Erfolgsfaktoren herausgearbeitet werden – und zwar sowohl auf kommunaler Ebene, als auch durch den übergeordneten bundes- und landespolitischen Rahmen.

AG Energie nimmt ihre Arbeit auf

Der DV hat gemeinsam mit dem Institute for Advanced Sustainability Studies Potsdam (IASS) die neue Arbeitsgruppe „Energie, Immobilien und Stadtentwicklung“ ins Leben gerufen. Die konstituierende Sitzung war am 12. Dezember 2014. Den Vorsitz hat Professor Dr. Klaus Töpfer, Gründungsdirektor und derzeitiger Exekutivdirektor des IASS. Die interdisziplinär besetzte AG erörtert, welchen Beitrag Immobilienwirtschaft und Stadtentwicklung zu den Energie- und Klimaschutzzielen leisten können. Dafür wurden vier Themenfelder identifiziert:

1. **Mehr Flexibilität:** Maßnahmen zur Steigerung der Energieeffizienz sollten besser mit dem Ausbau einer klimafreundlichen Energieversorgung verbunden werden können.
2. **Stärkung dezentraler Energieerzeugung und -nutzung:** Bis zu welchem Grad sollte ein neues Energiesystem dezentral organisiert sein und wie viel Zentralität benötigen wir weiterhin? Wie können verschiedene Versorgungssysteme intelligent miteinander verknüpft werden?

3. **Soziale Konsequenzen der Energiewende im Gebäudebereich:** Wie kann die energetische Modernisierung wirtschaftlich und für Geringverdiener bezahlbar umgesetzt werden? Welche Umverteilungseffekte entstehen durch Ordnungsrecht und Förderung?
4. **Möglichkeiten und Grenzen der Digitalisierung:** „Smart Grids“ und „Smart Living“ – welchen Beitrag können „intelligente Stromnetze“ und die digitale Steuerung von Geräten und Technik leisten?

Im Fokus der AG stehen integrierte Strategien und Maßnahmen, die die energetische Gebäudesanierung mit einer klimafreundlichen Energieversorgung und mit der Verbesserung des Nutzerverhaltens verbinden. Dabei werden die lokal unterschiedlichen Ausgangssituationen berücksichtigt. Im Ergebnis gibt die AG Empfehlungen für Politik und Praxis, wie die Energie- und Klimaschutzziele noch besser erreicht werden können.

Mehr Beteiligung wagen!

AG Städtebau erörterte Beteiligung bei Wohnungsbauprojekten

In der integrierten Stadterneuerung ist die Beteiligung der Bürger mittlerweile ein fester Bestandteil. Deutlich weniger verbreitet sind Beteiligungsprozesse bei Wohnungsneubau- und Stadtentwicklungsvorhaben von Projektentwicklern, Bauträgern und Wohnungsbaunternahmen. Ein Paradox, da es gerade hier häufig heftige Widerständen gibt.

Die AG Städtebau und Raumordnung hat sich am 3. März 2015 gemeinsam mit der Bundesvereinigung der Landes- und Stadtentwicklungsgesellschaften damit auseinander gesetzt, wie sich durch Bürgerbeteiligung ein größerer Konsens und damit bessere Ergebnisse erreichen lassen. Zunächst wurden erfolgreiche Beteiligungsprozesse vorgestellt, z. B. bei der Nachnutzung von Konversionsarealen in Mannheim, bei der Nachnutzung des ehemaligen Areals der Paulaner Brauerei am Nockherberg. In der anschließenden Diskussion wurde deutlich, dass es bei der Bürgerbeteiligung in erster Linie um den Ausgleich teil widerstreitender Interessen geht. Dabei

gibt es keinen Königsweg: Je nach Vorhaben und Akteurskonstellation können verschiedene Beteiligungsformate geeignet sein. Übereinstimmung herrschte darin, dass der zusätzliche Aufwand in einem mehr als angemessenen Verhältnis zum Nutzen steht: Planungsprozesse verkürzen sich, die Risiken eines Scheiterns des Vorhabens werden reduziert und es lassen sich Anregungen für die spätere Qualität gewinnen. Obwohl alle Teilnehmer mehr echte Beteiligung als notwendig ansehen, setzten sie sich kritisch mit falschen Erwartungen auf der einen und Bürgerentscheiden auf der anderen Seite auseinander. Die Rahmenbedingungen und Grenzen der Beteiligung müssen transparent sein. Auch wenn es elementar ist, die Anliegen der Bürger ernst zu nehmen, kann man es nicht allen Beteiligten recht machen. Die letztliche Entscheidung liegt bei den gewählten politischen Gremien. Hier braucht die Politik wieder mehr Rückgrat, um auch bei Gegenwind oder unpopulären aber notwendigen Vorhaben das politische ‚Leadership‘ zu übernehmen.

Ansprechpartner

Jens Freudenberg
j.freudenberg@deutscher-verband.org



Prof. Dr. Töpfer beim Fachforum im Dezember 2014 | © DV, Michael Färber

Ansprechpartner

Christian Huttenloher
c.huttenloher@deutscher-verband.org





Startschuss der EU-Förderung für Stadtentwicklung Aufaktveranstaltung mit EU-Kommissarin Crețu und Bundesministerin Hendricks

Eine große politische Tagung am 19. März 2015 auf dem Rütli-Campus in Berlin-Neukölln bildete den Auftakt für die Förderung der Stadtentwicklung aus den europäischen Strukturfonds in Deutschland 2014 bis 2020. Die Veranstaltung fand im Rahmen des Deutsch-Österreichischen URBAN-Netzwerks statt und war zudem der symbolische Startschuss für das Berliner Programm „Zukunftsinitiative Stadtteil II“ (ZIS). Dieses möchte mit Mitteln aus den EU-Strukturfonds ungleiche innerstädtische Lebensbedingungen weiter abbauen. Die neue rumänische EU-Kommissarin für Regionalpolitik und Stadtentwicklung, Corina Crețu, nahm die Konferenz zum Anlass für ihren ersten Besuch in Deutschland. Bundesumwelt- und Bauministerin Barbara Hendricks sprach zur Verzahnung der nationalen Stadtentwicklungspolitik und mit der EU-Förderung. Gastgeber waren die Berliner Senatsverwaltung für Stadtentwicklung und Umwelt sowie der Deutsche Verband für Wohnungswesen, Städtebau und Raumordnung e. V.

Mit über 200 Teilnehmern aus EU, Bund, Ländern und Kommunen stieß die Veranstaltung in Deutschland und Österreich auf großes Interesse. Es geht schließlich um viel Geld: Insgesamt sehen die EFRE-Programme der deutschen Bundesländer zwischen 2014 und 2020 rund 1,5 Milliarden Euro für Projekte der nachhaltigen Stadtentwicklung vor. Eine solche Förderung geht weit über Investitionen in Stein und Beton hinaus. Deshalb spielen soziale Aspekte, wie z. B. die Errichtung des Bildungscampus' Rütli, die mit EU-Mitteln unterstützt wurde, aber auch die lokale Wirtschaftsförderung eine große Rolle.

EU-Kommissarin Crețu äußerte im Vorfeld der Veranstaltung: „Die langjährige Erfahrung Deutschlands mit städtischen Themen ist in Europa anerkannt. Diese Erfahrung wird insofern von besonderem Nutzen sein, als eine nachhaltige städtische Entwicklung eine der Säulen der Kohäsionspolitik für den Programmzeitraum 2014-2020 ist.“ In ihrer Rede unterstrich sie die Bedeutung der EU-Förderung für die nachhaltige Entwicklung unserer Städte. Die Europäische Kommission bereitet derzeit eine Agenda zur städtischen Entwicklung auf EU-Ebene vor, um zukünftig alle EU-Politiken besser im Sinne der Stadtentwicklung koordinieren zu können.

„Die soziale Quartiersentwicklung braucht viele helfende Hände“, sagte Barbara Hendricks, Bundesministerin für Umwelt, Naturschutz, Bau und Reaktorsicherheit und betonte, dass die integrierte Stadterneuerung für den Bund eine wichtige Rolle spielt. Das zeige auch das Städtebauförderungs-Programm „Soziale Stadt“, das von 23 auf 150 Millionen Euro jährlich aufgestockt wurde. Ergänzend könnten außerdem Mittel aus den vom Europäischen Sozialfonds geförderten Bundesprogrammen „Jugend stärken im Quartier“ (JUSTiQ) und „Bildung, Wirtschaft, Arbeit im Quartier“ (BIWAQ) in Anspruch genommen werden. Damit können verschiedene Töpfe zur integrierten Stabilisierung von Stadtteilen gebündelt werden.

Stadtentwicklungssenator Andreas Geisel erzählte, wie in Berlin die nationale und die Landesförderung mit Mitteln aus den EU-Strukturfonds ergänzt werden. Das Land werde damit vor allem das Quartiersmanagement in vielen Berliner Stadtteilen fortsetzen. Ein Zeichen, das wohlwollend von Besuchern aufgenommen wurde. Allein in der Hauptstadt wurden in der vergangenen Förderperiode rund 2.700 Projekte unterstützt. Das Land Berlin setzte dabei auf eine starke soziale Orientierung, indem Mittel des europäischen Regionalfonds und des europäischen Sozialfonds mit Geldern aus der nationalen Städtebauförderung kombiniert wurden.

Sowohl die Kommissarin als auch die Bundesministerin hoben hervor, wie wichtig die Arbeit des Deutsch-Österreichischen URBAN-Netzwerkes sei. Im Rahmen der Konferenz wurde auch Dr. Lothar Blatt verabschiedet, der 20 Jahre lang Leiter des Deutsch-Österreichischen URBAN-Netzwerkes war. Die Wegbegleiter, Netzwerkpartner und der DV dankten Blatt für die erfolgreiche Zusammenarbeit und seinen Einsatz bei der Umsetzung und Begleitung zahlreicher Stadtentwicklungsprojekte.



Dr. Lothar Blatt | © DV, Michael Färber



© DV, Michael Färber

Mehr EU-Geld für integrierte Stadtentwicklung!

DV-Studie zu den Europäischen Strukturfonds

Ansprechpartner
Jonas Scholze
j.scholze@deutscher-verband.org

Der Startschuss für die Förderung integrierter Stadtentwicklungsprojekte durch die Europäischen Strukturfonds ist gefallen. Die Europäische Kommission hat nun alle Programme der Bundesländer zum Europäischen Fonds für Regionale Entwicklung (EFRE) genehmigt. Damit ist der Grundstein gelegt, um nachhaltige Stadtentwicklungsprojekte zu beantragen und umzusetzen. Der Deutsche Verband für Wohnungswesen, Städtebau und Raumordnung e. V. hat gemeinsam mit der BTU Cottbus in einer Tiefenanalyse der Operationellen Programme aus der alten und neuen Förderperiode eine erste Auswertung mit zahlreichen Projektbeispielen vorgenommen und einen Leitfaden für Kommunen erarbeitet.

Deutschlandweit werden in den nächsten sieben Jahren insgesamt 1,5 Milliarden Euro an EU-Förderung für Investitionen in die städtische Entwicklung zur Verfügung stehen. Das sind jährlich mehr als 200 Millionen Euro, die in Ergänzung zur Städtebauförderung eingesetzt werden können. Obwohl das alte EFRE-Volumen für Deutschland im Vergleich zur letzten Förderperiode 2007–2013 um ein Drittel gesunken ist, sind die Stadtentwicklungsmittel absolut und relativ gestiegen: von 1,2 auf 1,5 Milliarden bzw. von 8,1 auf 13,5 Prozent. Bei genauerem Hinsehen ergibt sich ein vielschichtiges Bild der einzelnen Programme. Während einige Bundesländer wie Hamburg oder Rheinland-Pfalz keine oder nur wenig Mittel für Stadtentwicklungsprojekte zur Verfügung stellen werden, sehen Länder wie Berlin oder Nordrhein-Westfalen knapp 20 Prozent des EFRE-Budgets für diesen Bereich vor.

Breite Palette an unterschiedlichen Themen

Die ausgelaufene Förderperiode bot eine breite Palette an unterschiedlichen Handlungsfeldern. So fanden sich beispielsweise Projekte zu Stadterneuerung, Kulturerbe, Infrastruktur, Kreativwirtschaft, Grün- und Freiflächenentwicklung bis hin zu Quartiersmanagement und Bürgerbeteiligung. Jedoch unterschieden sich die Ansätze in den einzelnen Bundesländern: Sie reichten von der Förderung integrierter Ansätze zur Wiederbelebung ganzer Stadtviertel bis hin zu kleinteiligen Projekten mit infrastrukturellen und städtebaulichen Einzelmaßnahmen. So wurde in Hamm ein umfangreiches Städtebau- und Investitionsprogramm zur Aufwertung des gesamten

Bahnhofsquartiers umgesetzt, das die Wohn-, Bildungs- und Einkaufsmöglichkeiten erheblich verbesserte. Im sächsischen Döbeln wurde das Haus der Demokratie saniert, in Pforzheim stand das Netzwerkmanagement eines Clusters der Kreativwirtschaft im Mittelpunkt der Aktivitäten.

Diese Ansätze finden sich auch in der neuen Förderperiode wieder, sind jedoch thematisch konzentrierter. Zukünftig werden verstärkt Projekte förderfähig sein, die sich der Verringerung des CO₂-Ausstoßes und dem Klimaschutz in städtischen Gebieten widmen. Das ist auf die Europäische Energie- und Klimapolitik zurückzuführen und hängt von der individuellen Schwerpunktsetzung der einzelnen Bundesländer ab. Zudem bietet die neue Förderperiode neue räumliche Entwicklungsansätze. So besteht die Möglichkeit, interkommunale Kooperationsprojekte zwischen Stadt und Umland durchzuführen. Diese Option verfolgen zum Beispiel Brandenburg, Sachsen-Anhalt und Bayern mit entsprechenden Wettbewerben für Stadt-Umland-Verbünde.

Mittel für den Wohnungsbau sind von der EFRE-Förderung in Deutschland nach wie vor ausgeschlossen. Obwohl die EU-Regularien einzelne Maßnahmen für Energieeffizienzmaßnahmen zulassen, bleibt dies in Deutschland in der Regel auf öffentliche Gebäude beschränkt. Die Wohnungs- und Immobilienwirtschaft kann aber indirekt vom EFRE profitieren, da die Verbesserung des städtischen Umfeldes in manchen Programmen förderfähig ist. So entsprechen z. B. grüne Infrastruktur, städtische Mobilität oder die Anpassung von Energieversorgungsstrukturen z. B. durch Nahwärmenetze gewissen Förder Richtlinien.

Info

Die Studie „Die städtische Dimension in den Strukturfonds 2.0“ sowie den Handlungsleitfaden für Kommunen finden Sie in Kürze unter www.deutscher-verband.org.

Der Leitfaden bietet eine Kurzübersicht der einzelnen Operationellen Programme. Er listet ihre Schwerpunkte der nachhaltigen Stadtentwicklung auf, benennt Ansprechpartner in den jeweiligen Landesbehörden und gibt Empfehlungen für die Antragstellung und Projektkonzipierung.

Ansprechpartner

Christoph Pienkoß
c.pienkoss@deutscher-verband.org



Städte und Regionen anbinden: RURBAN Access

Von 2012 bis 2014 hat der Deutsche Verband gemeinsam mit der Metropolregion Mitteldeutschland im Rahmen des EU-Projektes „Rail Hub Cities“ (RAILHUC) ein Schienenpersonenverkehrskonzept für die Region auf den Weg gebracht, das im Februar 2014 politisch bestätigt wurde. Die vier Module dieses Konzeptes (Takt, Infrastruktur, Tarif und Organisation) sind entscheidend, wenn es darum geht, Städte und Regionen abseits der Fernverkehrsstrecken optimal an Umsteigeknoten anzubinden. Daher hat der DV das Konzept auf das Projekt „RURBAN Access“ übertragen. Gefördert durch das Bundesprogramm Transnationale Zusammenarbeit bereitet er dieses aktuell in Zusammenarbeit mit rund 15 europäischen Partnern vor. Ziel ist die Genehmigung Ende 2015.

Das Projekt, das im Rahmen des Interreg B-Programms Mitteleuropa beantragt wird, setzt an der Stadt-Umland-Kooperation im öffentlichen Verkehr an. Es möchte die Erreichbarkeit der Fernverkehrsknoten für die umliegenden Regionen verbessern. Damit soll der öffentliche Verkehr attraktiv bleiben – trotz steigender Preise, knapper öffentlicher Mittel und der hohen Anziehungskraft des PKW-Individualverkehrs. Berücksichtigt werden müssen zudem die komple-

xen Akteurskonstellationen sowie eine Vielzahl unterschiedlicher Interessen.

Wird das Projekt genehmigt, dann übernimmt der DV die Federführung des Konsortiums. Auch die neu aufgestellte „Europäische Metropolregion Mitteldeutschland e.V.“ ist designerter Projektpartner. Die polyzentrale Region besteht aus den Fernverkehrsknoten Leipzig/Halle, Dresden, Jena und Erfurt sowie vielen „sekundären“ Städten und ländlichen Regionen. Im Rahmen von „RURBAN Access“ werden die Projektpartner an den bestehenden vier Bausteinen des Fernverkehrskonzeptes ansetzen und einzelne Projekte und Aktivitäten dazu aus dem transnationalen Ansatz heraus umsetzen. Die vier Komponenten sind:

1. Mitteldeutschland-Takt mit Angebots-/Betriebskonzept für den Nah-, Regional- und Fernverkehr
2. Infrastrukturkonzept „Mitteldeutschland“ mit Bezug zu schon laufenden und/oder bereits geplanten Neu- und Ausbaumaßnahmen
3. Mitteldeutschland-Tarif mit einem regionsweit gültigen Tarifkonzept
4. Regionsweite abgestimmte Organisation und Finanzierung des Nah-, Regional- und Fernverkehrs

Ansprechpartner

Christoph Pienkoß
c.pienkoss@deutscher-verband.org



Nachhaltiger Güterverkehr: SusFreight

Gemeinsam mit sechs weiteren Institutionen hat der DV Handlungsempfehlungen für einen nachhaltigeren Güterverkehr im Alpenraum erarbeitet. Die Maßnahmen wurden im Rahmen des Alpenprojektes SusFreight aus bestehenden Ansätzen weiterentwickelt.

Insgesamt müssen die steigenden Transportvolumina mehr als bisher von der Straße auf die Schiene verlegt werden. Denn trotz ausreichender Kapazitäten sind die Wachstumsraten dort gering. Diese Trendwende ist aktuell jedoch nicht abzusehen. Die Folge sind negative Auswirkungen auf Mensch und Umwelt, ebenso wie erhebliche wirtschaftliche Probleme. Bislang gibt es allerdings keinen umfassenden Ansatz, mit dem diese externen Effekte des dichten Straßengüterverkehrs spürbar abgemildert werden könnten. Daher ist es sinnvoll, auf Einzelansätze zurückzugreifen, die gemeinsam große Wirkung entfalten können. Zu den einfacheren Maßnahmen gehören die europaweite Vereinheitlichung

von Technologien zur Verladung nicht kranbarer Sattelschlepper, das Zuschneiden von Lösungen des kombinierten Verkehrs auf die Bedarfe kleiner und mittlerer Speditionsunternehmen oder die Anpassung des Container-Managements in Güterverkehrszentren.

Grundlage für das Projekt *SusFreight* waren europäische und nationale Zielvorstellungen, Ergebnisse vergleichbarer Projekte und Marktexpertise. Im Alpenraum ist das Güterverkehrsproblem besonders drastisch, da es nur wenige Transitrouten gibt. Die Empfehlungen richten sich an die öffentliche Hand: Sie kann Anreize geben, Weichen stellen und so das Verhalten der Marktteilnehmer ein Stück weit lenken.



Abschlussstreffen | © SusFreight

Info

Details unter www.deutscher-verband.org / Aktivitäten / Projekte

Stadt-Umland-Wettbewerb Brandenburg

In der neuen Strukturfondsperiode 2014–2020 fördert die Europäische Union verstärkt die integrierte Entwicklung von Regionen, Städten und ländlichen Räumen. Mittel aus den Struktur- und Investitionsfonds EFRE, ELER und ESF werden erstmals für interkommunale Entwicklungsstrategien vergeben. Das Land Brandenburg hat zu diesem Zweck einen Stadt-Umland-Wettbewerb ausgeschrieben, der die Zusammenarbeit von Städten und ihrem Umland fördern soll. Der Deutsche Verband unterstützt das Ministerium für Infrastruktur und Landesplanung des Landes Brandenburg zwischen 2014 und 2016 bei der Durchführung des Wettbewerbs.

Insgesamt stehen in Brandenburg 213 Millionen Euro EU-Fördermittel aus den drei Fonds bereit, die aufeinander abgestimmt eingesetzt werden können. Die Entwicklungsstrategien und -konzepte zur Stadt-Umland-Zusammenarbeit, die die Städte im Rahmen des Wettbewerbs einreichen, müssen sich an den Herausforderungen des Landes Brandenburg orientieren: demographischer und wirtschaftlicher Wandel, Fachkräftemangel, Klimawandel, Energieversorgung usw. Konkrete Projekte sollen in den Bereichen Infrastruktur und

Umwelt, Mobilität und Energie sowie Wirtschaft und Tourismus umgesetzt werden. Bewerbungen können sich alle brandenburgischen Kommunen; Voraussetzung ist eine interkommunale Kooperation zwischen einem Ober- bzw. Mittelzentrum, Umlandgemeinden und ggf. weiteren Partnern.

Anfang 2015 hatten potenzielle Bewerber die Möglichkeit, sich bei Informationsveranstaltungen in Potsdam, Eberswalde und Cottbus mit dem neuen Förderansatz vertraut zu machen. Dieser ist mit der Kombination dreier Fonds und den vielen zu berücksichtigenden Verordnungen, Programmen und Richtlinien relativ komplex. Dennoch zeigten die Veranstaltungen mit jeweils weit mehr als 100 Teilnehmern, dass das Interesse am Stadt-Umland-Wettbewerb groß ist. Beiträge können zum 15. Juni und zum 31. Oktober 2015 eingereicht werden. 2016 soll dann mit der Umsetzung erster Projekte begonnen werden.

Der Deutsche Verband ist gemeinsam mit „slapa und die raumplaner“ für die technische Durchführung und fachliche Begleitung des Wettbewerbsverfahrens zuständig.

Konzepte zur Gestaltung des demografischen Wandels

Eine wichtige Aufgabe der Städte und Gemeinden ist es, den Bedürfnissen einer älter werdenden Bevölkerung gerecht zu werden. Das Bundesfamilienministerium unterstützt deshalb im Rahmen des Programms „Anlaufstellen für ältere Menschen“ mehr als 50 Kommunen dabei, ihre Strategien für den Umgang mit einer alternden Gesellschaft strategisch weiterzuentwickeln. Ausgewählte Konzepte wurden am 29. Januar 2015 bei einer Fachtagung in Göttingen vorgestellt. Der DV ist die Geschäftsstelle des Bundesprogramms und hat die Veranstaltung organisiert.

„Altersarmut ist ein Thema, das stark auf die Stadt zukommt, vor allem in den Großwohnsiedlungsgebieten“, erklärte Dr. Dagmar Schalpeit-Beck, Stadträtin aus Göttingen. Daher geht es in ihrem Konzept um die Förderung gemeinschaftlichen Lebens für ältere, einkommensschwache Menschen. Michaela Vogelreuter, Sozialamtsleiterin aus Fürth stellte das dortige Konzept vor: Gemeinsam mit der älteren Bevölkerung, dem Seniorenbeirat und der Wohnungs-, Gesund-

heits- Sozialwirtschaft wurden drei Bausteine erarbeitet, die das Wohnen im Alter unterstützen. Für die Umsetzung soll ein Quartiersmanager eingesetzt werden. „Kooperation und Netzwerkbildung sind die Erfolgsfaktoren der Konzeptentwicklung für unsere Anlaufstelle in Moabit“, sagte Elke Harms vom Bezirksamt Berlin-Mitte. Um Ältere mit Migrationshintergrund einzubinden, wurden Stadtteilbegehungen und Befragungen durchgeführt. Für eine bessere Abstimmung der Angebote gibt es den Runden Tisch Seniorenarbeit. Sandra Bonnemeier präsentierte das



Ansprechpartner

Christoph Pienkoß
c.pienkoss@deutscher-verband.org

STADT-UMLAND-WETTBEWERB BRANDENBURG



Info

Weitere Informationen: www.stadt-umland-wettbewerb.brandenburg.de

Ansprechpartnerin

Nadja Ritter
n.ritter@deutscher-verband.org



Stadtteilbegehung in Berlin Moabit
© Moabiter Ratschlag e. V.

IMPRESSUM

Deutscher Verband für Wohnungswesen,
Städtebau und Raumordnung e. V.

Littenstraße 10 | 10179 Berlin
Tel. +49 (0)30 20613250
Fax+49 (0)30 20613251
info@deutscher-verband.org
www.deutscher-verband.org

Bezugspreis ist im Mitgliedsbeitrag enthalten.

Info

Weiterführende Informationen:
anlaufstellen.deutscher-verband.org,
siehe Fachdiskurs / Veranstaltung

Konzept von Oer-Erkenschwick, bei dem es darum geht, diejenigen Senioren zu erreichen, die nicht selbst aktiv nach Hilfsangeboten suchen. Deshalb geben die Institutionen, bei denen die „schwer erreichbaren Älteren“ sowieso vorbeikommen, entsprechende Informationen weiter, also Verbände, Krankenkassen, Handel, Wohnungs- und Gesundheitswirtschaft.

Anschließend diskutierten die Teilnehmer, wie die vorgestellten Konzepte mit Wirtschaftspartnern und mithilfe öffentlicher Finanzierungsmöglichkeiten umgesetzt werden können. Es wurde deutlich, dass es dabei nicht nur um die Forderung nach mehr Geld geht. Genauso wichtig ist es, dass sich vor Ort alle aktiv mit einbringen.

In eigener Sache



Neuer Projektleiter Jens Freudenberg

Seit Januar 2015 wird der DV durch einen neuen Mitarbeiter verstärkt: Jens Freudenberg, Diplomingenieur der Stadt- und Regionalplanung, ist künftig als Projektleiter verantwortlich für die Koordination der neuen Arbeitsgruppe Energie sowie für die AG „Aktive Liegenschaftspolitik“ im Rahmen des Bündnisses für bezahlbares Wohnen und Bauen. Der gebürtige Berliner hat

die vergangenen acht Jahre in Ludwigsburg bei der Wüstenrot Haus- und Städtebau GmbH im Bereich Stadtentwicklung und -erneuerung gearbeitet. Als Projektleiter war er zudem für verschiedene EU-Projekte der transnationalen Zusammenarbeit verantwortlich. Jens Freudenberg ist verheiratet und hat drei Kinder.

Neue Mitglieder



Zentraler Immobilien Ausschuss verstärkt den DV

Seit Anfang des Jahres ist der Zentrale Immobilien Ausschuss ZIA Mitglied im Deutschen Verband. Damit beteiligt sich einer der bedeutendsten immobilienwirtschaftlichen Interessenverbände an der Verbandsarbeit: Der ZIA vertritt insbesondere die großen kapitalmarktorientierten Wohnungsunternehmen und die gewerbliche Immobilienwirtschaft. Der DV vereinigt damit alle Segmente der Immobilienwirtschaft auf seiner neutralen Dialog-Plattform: private, kommunale und genossenschaftliche Unternehmen, den Mieterbund, die zuständi-

gen Stellen von Bund, Ländern und Kommunen, die Finanzbranche sowie Vertreter von Stadterneuerung, Planung und Architektur.

Nachdem bereits im vergangenen Jahr wichtige Neumitglieder gewonnen werden konnten – darunter die GAGFAH, die LEG NRW, die SAGA GWG, die GWG München, die BWS Borna, die Joseph-Stiftung, das Innenministerium Schleswig-Holstein sowie die NBank und die DKB – setzt sich der positive Mitglieder-trend auch 2015 fort.

Wir heißen unsere neuen Mitglieder herzlich Willkommen
und wünschen eine gute Zusammenarbeit!